

DIE ZEIT

Die Gefahr von Paris III

Was zur internationalen Geberkonferenz für Libanon in der französischen Hauptstadt beachtet werden muss

Von *Stephan Rosiny*

Am Donnerstag trat in Paris eine Geberkonferenz zusammen, Paris III genannt, um über Hilfgelder und Kredite für den Libanon zu beraten. Vertreter aus mehr als 40 Staaten versprachen der pro-westlichen libanesischen Regierung Hilfen und Darlehen von rund sechs Milliarden Euro. Die Konferenz fällt dabei in eine Zeit schwerer innenpolitischer Unruhen im Libanon, die auch mit dem Pariser Treffen zusammenhängen.

Seit Ende des Kriegs im vergangenen Sommer fordert die schiitischen Partei Hisbollah größeren Einfluss in der libanesischen Regierung. Sie will den nach eigener Einschätzung militärischen Sieg gegen Israel in politisches Gewicht ummünzen und die Beseitigung der Kriegsschäden, von denen vorwiegend von Schiiten bewohnte südliche Regionen betroffen sind, forcieren und kontrollieren. Der Regierungsmehrheit unter dem sunnitischen Premier Fuad Siniora wirft sie, nicht ganz zu Unrecht, Untätigkeit und Korruption beim Wiederaufbau vor.

Zur Stärkung ihres Gewichts forderte sie daher die Aufnahme des mit ihr verbündeten "Tayyar", der "Bewegung der Freien Patrioten" des christlichen Ex-Generals Michel Aoun, in eine "Regierung der nationalen Einheit". Sie wollte sich damit zugleich als überkonfessionelle, patriotische Kraft beweisen, und sie respektierte implizit den demografisch überholten konfessionellen Proporz. Nach diesem stehen Schiiten nur 21 Prozent der Ministerposten zu, obwohl sie mittlerweile rund 35 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen.

Die Opposition kritisiert die Geberkonferenz Paris III, weil sie befürchtet, der Westen, vor allem die USA, wollten das Land in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit treiben. Die neuen Kredite würden die Bürde des bereits mit 34 Milliarden Euro (200 Prozent des BSPs) verschuldeten Landes weiter erschweren. Die jetzige Regierung setze die verschwenderische Ausgabenpolitik des Anfang 2005 ermordeten Ministerpräsidenten Rafiq Hariri fort, die das Land mit prestigeträchtigen Wiederaufbauprojekten in die Schuldenfalle getrieben haben. Siniora war seinerzeit Finanzminister. Die neuerliche Finanzspritze, so lautet eine weitere Befürchtung, werde zudem die Korruption verstärken.

Doch die Ablehnung beginnt zu bröckeln. Der ebenfalls dem Oppositionsbündnis zugerechnete Parlamentspräsident, der Schiite Nabih Berri, sucht nach Verständigungsmöglichkeiten und befürwortet Paris III. Auch die Opposition weiß letztlich, dass das Land kurzfristig weitere Kredite benötigt, um die gigantischen Schäden des Kriegs von 2006 zu beseitigen. Die Konfliktparteien werden nur durch Kompromisse ihre gegensätzlichen Interessen wahren und eine Eskalation zum Bürgerkrieg verhindern können. Das wachsende Schisma zwischen Sunniten und Schiiten im Irak ist das abschreckende Szenarium.

Die Regierung muss aber unbedingt mit der Opposition eine Lösung finden, da sie nicht dauerhaft gegen breite Teile der Bevölkerung regieren kann. Nun liegt es an Europa, Siniora diesen Weg der Verständigung – auch mit der Hisbollah – nicht durch ideologische Vorgaben zu versperren.

Es wird daher sehr auf die Untertöne ankommen, mit denen die westlichen Geberländer ihre Hilfsbereitschaft untermauern, und auf die Bedingungen, die sie stellen werden. Wenn die neuen Kredite allein als Unterstützung für die Regierung Siniora und nicht für den Libanon insgesamt gewährt werden, bestätigt dies die Befürchtung der Opposition, das Land werde sich in immer größere politische Abhängigkeit begeben.

Angesichts der innenpolitischen Polarisierung würde dies zu weiterer Radikalisierung und zum Vertrauensverlust von Investoren führen. Dies wiederum würde die Kreditwürdigkeit des Landes schmälern und die Verschuldung erhöhen – und somit die Absicht von Paris III unterminieren.

ZEIT online

04/2006